

Erscheinung  
an allen Verlagen.  
Bezugspreis  
in der Germania 250.—  
in den Ausgabestellen 260.—  
durch Zeitungsbüros 300.—  
am Postamt . . . . . 275.—  
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Herausgeber: 4246, 2273.  
8110, 2249.

Botschaftskontor für Deutschland: Nr. 6184 in Dresden.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

**zu gebendes**  
S. Grundrichtigste in  
Anzeigenteil innerhalb  
Polens . . . . . 40.—  
Reklameteil 120.—  
Für Aufträge aus  
Deutschland . . . . . 8.50 M  
im Reklameteil 10.—  
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:  
Tageblatt Posen.

Czeksche Kontor für Polen: P. E. O. Nr. 200283 in Bozen.

## Die deutsche Antwortnote an die Reparationskommission.

Berlin, 28. Januar. (Tel.-Un.) Die deutsche Antwortnote auf das Verlangen der Reparationskommission nach Vorlegung eines Reform- und Garantieplanes, die Sonnabend mittag dem Vertreter des Garantiekomitees in Berlin übergeben wurde, ist ein Schriftstück von sieben Schreibmaschinenseiten Länge, dem außerdem vier umfangreiche Anlagen beigefügt sind. Die deutsche Note zerfällt in drei Teile. Der erste behandelt die Reform des Haushalts und des Notenumlaufes. Der zweite stellt ein Programm für die Leistungen des Kalenderjahres 1922 auf und der dritte legt der Reparationskommission nahe, einen Weg zu finden, wie Deutschlands Kredit im Inland und Ausland wieder hergestellt werden kann.

Der erste Teil der Note zerfällt wieder in drei Unterabteilungen, welche die Vermehrung der Einnahmen, die Beschränkung der Ausgaben und die Einschränkung der schwelenden Schulden und des Notenumlaufes behandeln. Im Eingang des ersten Abschnittes weist die deutsche Regierung darauf hin, daß es unter Überwindung der größten Schwierigkeiten endlich gelungen sei, das Gleichgewicht des Reichshaushaltes herzustellen. Es sei das erreicht worden durch: 1. eine Vermehrung der Einnahmen, indem man das Aufkommen aus den Quellen der Besitzbeteuerung wesentlich erhöhte und die Besteuerung des Verbrauchs stark verschärfe, so daß der deutsche Verbrauch jetzt in Abhängigkeit der geschwächsten Kaufkraft der Bevölkerung eine Gesamtbefreiung erfahre, die dem Druck der indirekten Besteuerung in jedem anderen Lande mindestens gleich komme. Gegen Kapital- und Steuerflucht seien energische Maßnahmen getroffen. Bezuglich der im zweiten Unterteil behandelten Einschränkung der Ausgaben wird darauf hingewiesen, daß 1. Vorräte für eine Verminderung der Beamtenstellen getroffen seien; 2. würden die Rauschüsse für die Lebensmittelverbilligung bestitigt; 3. die Erwerbslosenunterstützung durch eine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu tragende Arbeitslosenversicherung ersezt; 4. die außerordentlichen Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung würden auf nahezu ein Drittel des Vorjahrs herabgesetzt; 5. würde die Balanzierung des Staats der Verwaltung von Post- und Eisenbahn herbeigeführt und schließlich durch eine sparsame Aufstellung und genaue Einschätzung der gesamten Haushaltssumme gesichert. Die Einschränkung der schwelenden Schulden und des Notenumlaufes soll erreicht werden durch die Auflegung einer inneren Anleihe, wenn nötig eventuell einer Auslandsanleihe, damit wenigstens für das Jahr 1922 die Reparationsleistungen unter möglichst geringer Anspruchnahme der Notenrechte finanziert werden können. Der Reichsharz werde Autonomie zugesichert.

Am zweiten Teil der Note stellte die Regierung ein Programm für die Reparationsleistungen für das Kalenderjahr 1922 auf. Sie betont, daß die Zahlungsbilanz Deutschlands jetzt mit rund 2 Milliarden Goldmark passiv sei und unter solchen Umständen eine anhaltende Festigung der Mark nicht möglich wäre. Betrachte man das Reparationsproblem unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, so ergebe sich, daß Deutschland für längere Zeit, wenigstens für 1922, von allen Reparationsleistungen in vorbereitet werden müsse. Die deutsche Regierung schlägt für die Art und Weise der Erfüllung vor, daß die 1922 zu leistenden Barzahlungen gleichmäßig auf die einzelnen Kalendermonate verteilt, in fremder Währung zu erstattenden Besatzungskosten auf die Gesamtleistung des Jahres 1922 verrechnet, die für den gleichen Zweck zu leistenden Beiträge in Papiermark bedeutend ermäßigt und die auf Grund des Ausgleichsverfahrens auferlegten Lasten auf ein erträgliches Maß zurückgeführt würden. Deutschland sei bereit zu Sachleistungen und wolle Abkommen, wie das Wiedbadener, auch mit anderen alliierten Regierungen abschließen.

Zum Schluß legt die deutsche Regierung der Reparationskommission nahe, daß Deutschland erst wieder kreditfähig sei, wenn das Vertrauen zu seiner wirtschaftlichen Erstärkung wiederkehre. Die Reparationskommission sollte daher einen Weg suchen, der Deutschlands Kredit im In- und Ausland wieder herstelle.

## Englisches Urteil über die deutsche Reparationsantwort.

London, 29. Januar. (Tel.-Un.) "Daily Chronicle" schreibt betr. die deutsche Antwort an die Reparationskommission: Drei glückliche Ergebnisse können verzeichnet werden: 1. Die Antwort wird zur vorgeschriebenen Zeit eingelassen sein; 2. sie wird für die Alliierten befriedigend sein; 3. die Stellung des Kabinetts Wirth ist gestärkt, anstatt geschwächt worden. Wir können uns also berückwünschen, aber wir dürfen nicht vergessen, daß von deutscher Seite die größten Anstrengungen gemacht worden sind, wie sie in nächster Zeit nicht mehr wiederholzt werden können.

## Vor der Konferenz in Genua.

### Die Rolle Polens.

Warschau, 31. Januar. Polnische Kreise Frankreichs verzeichnen mit Genugtuung das große Interesse, mit dem man in Polen der Konferenz in Genua entgegen sieht. Es herrschte die Meinung, daß die russische Frage der Konferenz nicht geringe Schwierigkeiten bereiten wird. Hinsichtlich des Wiederaufbaus Mitteleuropas muß die Konferenz zu wichtigen Ergebnissen führen, aber in dieser Frage wird Polen mehr als Objekt denn selbsttätig eine Rolle spielen. Politische Kreise sind der Ansicht, daß Polen in der Konferenz mit einem eigenen Plan für den Wiederaufbau Polens auftreten mög.

### Die Rolle Sowjetrusslands.

Kowno, 31. Januar. Trotsky erklärte in einer Ansprache an die jugendlichen Arbeiter: "Unsere Rolle wird in Genua eine ganz andere sein als in Brest-Litowsk vor vier Jahren. Damals mußten wir zähneknirschend — wehrlos wie wir waren — allen Forderungen unserer Feinde nachgeben. Aber heute ist unsere Lage eine andere. Frankreich wird uns nicht zur Kapitulation zwingen können. In diesem Bewußtsein gehen wir nach Genua. Frankreichs Versuch, uns mit dem Grabzug der militärischen, politischen

und wirtschaftlichen Blockade zu umgeben, kann als endgültig mißlungen angesehen werden. Die Anerkennung Russlands durch Europa ist auf dem Marche und kann nicht mehr verhindert werden."

### Die Sovjetabordnung für Genua.

Moskau, 31. Januar. In der außerordentlichen Sitzung des Völzugsausschusses wurde der Entschluß der Regierung über die Frage der Teilnahme der Sovjetregierung an der Konferenz in Genua bestätigt. Zum Vorsitzenden der Sovjetabordnung wurde Lenin gewählt. Für den Fall, daß es ihm nicht möglich sein sollte, selbst nach Genua zu kommen, wird er durch Tschitscherin vertreten werden. Außerdem werden der Abordnung angehören: Krassin, Litwinow, Kosse Woroński und (zugeleich als Vertreter der Ukraine) Rakowski. Als Vertreter der Arbeiterorganisation Russlands werden nach Genua reisen Sopronow, Schanikow und Rudzki, als Vertreter von Aserbaidschan Marimanow, als Vertreter von Armenien und Georgien Begazjan, als Vertreter Bucharas Chodschasew, als Vertreter der Republik des fernen Ostens Jansen.

### Griechenland will teilnehmen.

London, 31. Januar. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die griechische Regierung den Entente-mächten gegenüber den Wunsch geäußert hat sich an der Konferenz in Genua zu beteiligen.

### Die Tagesordnung der Genua-Konferenz.

London, 31. Januar. (Tel.-Un.) Der Führer der italienischen Wirtschaftsdelegation in England Dr. Giannini, der in England mit den Vorbereitungen für die Konferenz in Genua beschäftigt ist, erklärte einem Vertreter der "Times", er sei befriedigt über die Fortschritte, welche die Vorbereitungen zu dieser Konferenz, die vorsätzlich stattfinden werde, genommen hätten. Man nehme in einigen Kreisen an, daß die Konferenz in Genua nur die Finanz- und Wirtschaftsfragen regeln werde. Die ersten drei Punkte der Tagesordnung seien jedoch rein politischer Art, und wenn dieser Punkt nicht angenommen würden, würde aus der ganzen Konferenz nichts werden. Die Tagesordnung der Konferenz ist folgende: 1. Untersuchung und Durchführung der Prinzipien, die in der am 5. Januar in Cannes angenommenen Resolution niedergelegt sind. 2. Wiederherstellung des Friedens in Europa auf solider Basis. 3. Wiederherstellung einer Almoßhäre des Vertrauens, ohne dabei bestehende Verträge zu verletzen. 4. Geldzirkulation, Zentralbanken und Emissionsbanken, die öffentliche Finanz im Zusammenhang mit der Wiederherstellung des Wechsels. Die Organisation öffentlicher und privater Kredite, die Förderung des Eins- und Ausfuhrhandels sowie gesetzliche und rechtsschaffliche Bürgschaften für Handelsoperationen. Schutz von industriellen, literarischen und künstlerischen Arbeiten, Kontrollvorrichtungen für die Rechte und den Schutz, welche für die wirtschaftlichen Unternehmungen fremder im Ausland nötig sind. Unterstützung bei der industriellen Organisation. 5. Besprechung des Transportweises.

### Die ukrainische Frage in Genua.

Charlow, 31. Jan. In Verbindung mit der Konferenz in Genua hält man hier hartnäckig an den Gerüchten fest, daß die wirtschaftliche Belebung der Ukraine durch die Westmächte auch ein Ergebnis der Konferenz sein wird. Durch dieerteilung des offiziellen Einverständnisses an diesem Punkt haben die bolschewistischen Nachhaben die Hoffnung, sich am Steuer zu halten. Wenn dieser Punkt nicht zu Stande käme und die Westmächte für den Preis der wirtschaftlichen Ausbeutung es auf sich nehmen, die Bevölkerung als zum Frühjahr zu versprengen, und die Saaten für das künftige Jahr in Angriff zu nehmen, so könne man, wie gesagt wird, sich auf einen neuen Krieg gesetzt machen, der es den Sowjetbehörden erlaubt würde, die Auferksamkeit der Bevölkerung von der verzweifelten Lage im Inland abzulenken und auf diese Weise inneren Unruhen vorzubeugen.

### Gegen Lenins Teilnahme an der Konferenz.

Moskau, 31. Januar. Die bolschewistische "Pravda" veröffentlicht Auszüge aus Briefen von Arbeitern Soldaten und Studenten die gegen die Abreise Lenins zur internationalen Konferenz in Genua protestieren. Das Leben Lenins so sagen diese Briefe, sieht dem Proletariat der ganzen Welt zu hoch, als daß man es dem Bürger zum auferkauen könnte.

## Aus der Tschechoslowakei.

### Stinkbombenzwischenfall im Prager Parlament.

Prag, 31. Januar. (Tel.-Un.) In der Freitag-Sitzung des Abgeordnetenhauses kam es zu einem Zwischenfall. Bei Beginn der Sitzung bereiteten die Kommunisten dem Präsidenten Tomášek eine Falle, weil er aus der Rede eines kommunistischen Abgeordneten eine Stelle weggensurjerte hatte, was nach der bisherigen Geschäftsaufordnung zulässig ist. Ein großer Teil der deutschen Abgeordneten unterstützte die kommunistische Demonstration gegen die Geschäftsaufordnung des Präsidenten. Den Höhepunkt erreichte der Turm, als aus einem dichten Knäuel ein Abgeordneter vor dem Ministerbank eine faulische Glasflasche eine Stinkbombe gegen den Präsidentenfritz schleuderte, die beim Herschmettern über riechende Säfte verbreitete. Die eine Unterbrechung der Sitzung herbeizuführen. Fünf kommunistische Abgeordnete wurden von der Sitzung ausgeschlossen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilte der Führer der Deutschen Nationalen Ligue dem Hause mit, daß der seiner Partei angehörige Abg. Baeram die Stinkbombe geworfen habe. Aus den Kreisen der deutschen Abgeordneten wurde keine Auschreibung verurteilt, weil die in den letzten Monaten hergestellte Ruhe von neuem gefährdet erscheint. Das Abgeordnetenhaus hat die Aufhebung der Immunität des Abg. Baeram beschlossen. Abg. Baeram hat mit einem nach der Grenze gehenden Schnellzuge Prag verlassen.

### Keine Regierungsumbildung.

Prag, 30. Januar. Am Sonnabend hielt der Präsident Masaryk mit Beratern der Mehrheitspartei eine Konferenz ab, in welcher Dr. Beneš den Vorsitz führte. Besprochen wurde die event. Umbildung der Regierung. Nach ersthändigen Beratungen wurde festgestellt, daß man im gegenwärtigen Augenblick keine Kabinettsumbildung zulassen könne.

Die Zeitungen berichten, daß sich Beneš am 8. Februar nach Paris und London begeben solle, um mit den dortigen maßgebenden Faktoren das Programm der Konferenz in Genua zu besprechen.

## Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

### Schiffer über die Arbeiten.

Am Donnerstag fand in Beuthen anlässlich des Abschiedes der Herren Schiffer und Lewald eine Konferenz mit den Vertretern der deutschen Presse statt. Schiffer gab ein Bild von dem bisherigen Verlauf der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen. Die Arbeit habe sich schwieriger gestaltet, als jedes der Kommissionsmitglieder angenommen hatte. Unterstreichen müsse er, daß die Verhandlungen auch von der Gegenseite in verständlichem Geiste geführt wurden. In den meisten Fällen wurde eine Einigung erzielt. Immerhin ist noch eine Anzahl Streitfälle offen geblieben, die dem Schiedsspruch in Genf unterliegen. Nichtsdestoweniger müsse betont werden, daß es hinsichtlich der deutschen Rechte auch Grenzen gibt, die der Völkerbund zu respektieren hat, und die keinesfalls überschritten werden dürfen. Besonders erfreulich ist die Einführung in der Wahlungsfrage der zufolge die Reichsmark 15 Jahre Gültigkeit hat. Ob eine Reichsbankvertretung in Polisch-Oberschlesien zurückbleibt, ist noch ungewiß. Da die Formulierung der einzelnen Punkte noch längere Zeit erfordert wird, werden die Genseiter Verhandlungen nicht vor dem 13. oder 14. Februar beginnen.

### Diebstahl bei der polnischen Delegation.

Kattowitz, 30. Januar. Die polnische Delegation veröffentlicht folgende Mitteilung: In der Nacht vom 27. zum 28. d. J. wurde im Bureau der polnischen Delegation für die oberen Schlesischen Verhandlungen ein Diebstahl ausgeführt. Mit Hilfe eines Nachlasses wurde das Zimmer und der Schrank geöffnet, in dem sich ein Teil des Alten und wichtigen Papieres befanden. Unter dem gestohlenen Alten befinden sich die gemeinsamen Protokolle verschiedener polnisch-deutscher Unterkommissionen und Abschriften der Korrespondenz von Angelegenheiten minderer Bedeutung. Im Verdacht, den Diebstahl ausgerichtet zu haben, steht der Diener der Delegation, der seinerzeit vom Obersten Volkstrat als ein vollkommen vertrauten würdiger Mann empfohlen wurde. Der Diener wurde verhaftet.

Kattowitz, 29. Januar. Nach Informationen der Presse werden die Industrieaktionen Oberschlesiens vom 15. Februar d. J. ab an der Pariser Börse notiert.

Kattowitz, 29. Januar. Die deutschen Schulbehörden haben beschlossen, im deutschen Teil Oberschlesiens die polnische Sprache als einzuläufige Sprache einzuführen und die Jugend anzuhören, die Sprache zu erlernen, weil sie durch die Kenntnis dieser Sprache die Möglichkeiten haben, eine bessere Stellung in Oberschlesien einzunehmen.

### Der Wojewode für Oberschlesien.

Warschau, 31. Januar. Als Wojewode für Oberschlesien ist der Abgeordnete Rymer, Mitglied der Nationalen Arbeiterpartei, in Amt bestellt. Rymer ist von Beruf ehemaliger Bergmann. Die Wojewodschaft wird sieben Starosten umfassen.

## Erste Sitzung des Finanzrates.

Warschau, 31. Januar. Das Pressebüro des Finanzministeriums teilt mit: Am 27. und 28. d. W. fand die erste Sitzung des Finanzrates unter Vorsitz des Finanzministers statt, welcher einen kurzen Überblick über den Stand der Staatsfinanzen gab. Nach Bekanntgabe des Reglements und nach der Wahl der Handels- und Industrie- und der Landwirtschaftskommission sowie ihrer Vorsitzenden, Boniecki, Dr. Szars und Aleksander Radzinski, wurden Maßnahmen erörtert, die man ergreifen müsse, um der Steuerung entgegenzuhalten und eine Herabsetzung der Preise zu erzielen. II. a. wurde ein Entwurf über die Heraussetzung des Eisenbahntarifs für Exportwaren durchberaten. Diese Heraussetzung soll einen regeren Handelsverkehr und die Verminderung und Verbesserung der Handelsbilanz, die im November 1921 zum ersten Male einen Überschub an Ausfuhr gegenüber der Einfuhr zeigte, zur Folge haben. Der Finanzrat soll hierzu Stellung nehmen und dann die entsprechenden Anträge stellen. Berater wurden auch Maßnahmen, welche den Zweck haben sollen, weitere Ersparnisse in der Verwaltung zu erzielen. Gegenstand der Beratungen waren auch II. a. folgende Angelegenheiten: 1. Abschluß von Garantieverträgen für fremde Devisen; 2. die Abschaffung der Hilfsförderung für humanitäre Institutionen im Innern und im Auslande; 3. Kreditierung der Bollengebühr an private Institutionen und Firmen; 4. Umbalutierung von Aktienkapitalien. Der wichtigste Punkt der Beratungen war die Frage der Staatschulden. Der Finanzrat sprach sich nach ausgiebiger Diskussion einstimmig gegen jede Revision der angenommenen Resolution sowie gegen die Umrechnung der Schulden und gegen Durchführung eines Moratoriums, aus, und zwar mit Rücksicht auf das Chaos, das im Wirtschaftsleben des Staates entstehen würde, sowie mit Rücksicht auf die Autorität des Gesetzes und der Wichtigkeit eines einheitlichen Münzsystems in Polen. Die Mitglieder des Finanzrates werden einige diesbezügliche Gesetzentwürfe und ein Inventar des Staatsvermögens ausarbeiten.

## Aus den Sejmabschüssen.

Warschau, 28. Januar. Der Auslandsausschuß hatte eine Sitzung unter dem Vorsitz des Abgeordneten Stanislaw Grabski. Über die Verhandlungen über Oberschlesien erstaute Olszowski, der Vorsitzende der polnischen Delegation, einen Bericht. Die Frage des Minderheitenschutzes stellte der Abg. Wasserberg in ihrer Erörterung dar. Es fand eine Diskussion statt, während welcher an die Referenten bezüglich einer näheren Erläuterung gewisser Einzelheiten der Berichte Fragen gestellt wurden.

Am Verfassungsausschuß wurden im weiteren Verlauf der Diskussion über die Abgrenzung der Tätigkeit der obersten Staatsbehörden Artikel angenommen, welche die Tätigkeit des Ministeriums für Handel und Industrie genau abgrenzen. Außerdem forderte der Ausschuß die Regierung auf, in allerdringlichster Zeit zu der Aufhebung des Ausschusses des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, Post und Telegraphen sowie des Gesundheitsministeriums Stellung zu nehmen.

Die Militärikommission nahm in dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Offiziersprämien an. Auf der Vollzusage des

Sejm wird der Berichterstatter der Minderheit des Ausschusses, Abg. Anus, sein, während die Anträge der Minderheit durch die Abgeordneten Ratuski und Liebermann gestellt werden.

Der Finanz- und Haushaltsausschuss beschloß mit 16 gegen 14 Stimmen die Einführung des Tabakmonopols. Für den Antrag der Einführung des Monopols stimmten die Volkspartei, die Nationale Arbeiterpartei, die Staryski-Gruppe, die Wyzwolenie-Gruppe, der Club der Verfassungsarbeit und die Sozialdemokraten.

### Die Rückwandererfrage.

Warschau, 20. Januar. Die polnische Delegation für Rückwandererangelegenheiten verschickt folgende Mitteilung, welche die Aufsuchung der in Russland und der Ukraine verschollenen Personen betrifft. In vielen Fällen könnten die reklamierenden Personen der polnischen Delegation nicht genaue Adressen und hinreichende Angaben machen, welche es ermöglichen, die betreffenden Personen aufzufinden. Angeblich dessen konnte die polnische Delegation kaum einen Bruchteil dieser Personen aufsuchen; manche Reklamationen sind somit unerledigt geblieben. Nun nimmt die polnische Delegation, um die Angelegenheit der nicht aufgefundenen Rückwanderer nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und weiterhin den Gesuchten zu Hilfe zu kommen, weitere Reklamationen über bisher noch nicht aufgefunde Personen oder über solche, deren Adressen gegenwärtig noch nicht genau bekannt sind, entgegen. Bezuglich dieser Personen kann man sich an die polnische Delegation für Rückwandererangelegenheiten in Warschau, Chmielnica 81, Zimmer Nr. 71, in der Zeit von 12 bis 2 Uhr nachmittags wenden. Diese Meldungen werden zweimal monatlich nach Russland in Form eines persönlichen Auskunftsbulletins zwecks weiterer Suchens verschickt, und zwar an die polnischen Institutionen wie auch an die russischen und ukrainischen Behörden der betreffenden Städte Russlands, der Ukraine und Weißrusslands. Die erhaltenen Auskünfte werden durch die polnische Delegation in Warschau veröffentlicht werden.

### Polen und Russland.

Der Gesandte der russischen Sowjetrepublik in Warschau Karachan, der vor kurzem aus Moskau nach Warschau zurückgekehrt ist, erklärte dem Vertreter der „Rosta“ über die Beziehungen zwischen Russland und Polen: Die erste Periode der Arbeit unserer Vertretung in Polen war sehr schwierig. Eine bedeutende Rolle bei der Besserung des Verhältnisses zwischen uns und Polen spielt der Schritt der Westmächte zur Anerkennung der Sowjetregierung. In den nächsten Wochen ist der Abschluß eines russisch-polnischen Handelsvertrages zu erwarten, der für Russland vorteilhaft ist, da er uns ermöglicht, ausländische Waren auf dem Transitwege über Polen zu erhalten. Die polnische Industrie hat keine Möglichkeit, auf dem Markt Westeuropas zu konkurrieren, so daß der russische Markt fast das einzige Absatzgebiet für sie ist. Wir sind aber nur dann bereit, in dauernde reguläre Handelsbeziehungen zu treten, wenn die russisch-polnischen Beziehungen einen freundlichen Charakter tragen werden und die polnische Politik uns die Sicherheit bietet, die wir gegen alle Überraschungen brauchen.

Warschau 31. Januar. Der polnische Gesandte bei der Sowjetregierung Siejanski ist in Warschau eingetroffen. Es ist anzunehmen, daß nunmehr die Verhandlungen über einen polnisch-russischen Handelsvertrag in ein entscheidendes Stadium treten zum mindesten dürfte der Abschluß eines provisorischen Abkommen getätigkt werden.

### Oesterreichs wirtschaftliche Not.

Aus London wird berichtet, daß die österreichische Regierung eine Note an die verbündeten Staaten richtete, in der sie mitteilt, daß infolge des Fallens der Krone und der noch nie dagewesenen Teuerung die Lage Österreichs sich mehr als verzeichnet gestaltet habe, so daß ernste Folgen zu erwarten sind. Wenn das Ausland in den allernächsten Tagen Österreich keine Hilfe leisten werde, würde sich die österreichische Regierung von jeglicher Verantwortung lossagen.

Tazu erhält Hadas, daß der französische Finanzminister den Plan für die Gründung eines Kredites für Österreich präst, um den Wert der Krone zu heben. Die Unruhe wird durch Solleinkünfte garantiert werden. „Matin“ berichtet: Frankreich ist geneigt, Österreich einen Kredit von 8½ Millionen Franken zu gewähren.

### Der Hunger in Russland.

Der Hunger in Russland nimmt einen immer erschreckenderen Anfang an. Fälle der Ernährung mit Menschenfleisch werden immer häufiger. In Kamjenska, Gouvernement Samara, wurden zwei Frauen verhaftet, die zwei ältere Frauen umbrachten, um die Leichen zu verzehren. Dieselben Frauen haben ihre verstorbenen Kinder aufgegessen. Im Dorfe Wjelikaja

Gutschina im Pugatschewer Kreise wurde antlich festgestellt, daß sich zehn Familien von gekochtem Fleische auf dem Friedhof ausgegrabener Leichen näherten. Auch im Dorfe Slawjani lamen Fälle von Menschenfresserei vor. Ähnliche Fälle wurden in der Kaschirerepublik verzeichnet, wo Brot aus einem Gemisch von Haustierknöchen und Leder gebacken wird und die Bevölkerung getrockneten Pferdemist verspeist. Die Hungersnot hat auch die Umgegend von Orenburg übergriffen. Klein im Kaluschowschen Kreise seien 3000 Kinder dem Hungertode entgegen.

In der Konferenz des internationalen Ausschusses für die Russlandhilfe schiederte Mansen, wie aus Genf berichtet wird, die furchtbare Hungersnot in Russland, die unaufhörlich weiter um sich greife und nunmehr ein von fast 32 Millionen Menschen bewohntes Gebiet umfaßt. Neunzehn Millionen seien unmittelbar vom Tode bedroht, davon fünfzehn Millionen jedenfallsrettungslos dem Tode verfallen.

Es war ein ernster Augenblick, als Mansen erklärte, daß alle diese Menschen hätten gerettet werden können, wenn sein Aufruf im September gehörig worden wäre. Wenn aber diejenigen, denen noch zu helfen sei, nicht ebenfalls umkommen sollten, müßten die Regierungen jetzt eingreifen. Kein Tag mehr ist zu verlieren. Mansen hat den guten Willen und die Freiheit der russischen Behörden hervor und wandte sich schärfstens gegen den unmenschlichen, von Helsingfors aus betriebenen Därgenfeldzug in der westlichen Presse, der dort die Hilfsversorgung schame und damit ungezählte Menschenleben fordere. Die Nahrungsmitteleinsätze kamen unverfehlt an den Bestimmungsort und nur die zerstörten Verkehrswegen Russlands seien daran schuld, wenn die Lebensmittel nur langsam und nur in bestimmte Gebiete gelangen können. Daher sei die Versorgung Russlands mit Kohlen und Futtermitteln für die zu Transportzwecken unentbehrlichen Pferde unbedingt notwendig. Die Verbesserung der Eisenbahnstrecken sei häufig ganz ausgeschlossen, weil die Bevölkerung oft zu schwach sei, um zu arbeiten, ja selbst um sich an die Versorgungsstellen für die Nahrungsmittel zu begeben, auch oft nicht mehr genug Kräfte habe, um andere Nahrung als Getreide zu sich zu nehmen.

Mansen empfiehlt daher, über auch aus finanziellen Gründen, mögliche Beschränkung der Nahrungsmitteleinsätze auf Getreide. Da für Transportzwecke nur drei Eisenbahnen in Betrieb kommen, könne in vier Monaten nur ein Drittel der bedrohten Bevölkerung gerettet werden. Dabei erhebe sich aber die Frage, ob man mehr Saatgut oder mehr Getreide zur Ernährung senden sollte. Das eine könne bei den beschränkten Transportmitteln nur auf Kosten des anderen gelingen. Je mehr man Saatgut schicke, um später Menschenleben zu retten, um so mehr müßten heute sterben und umgekehrt.

### Sowjetrußland.

#### Nadel warnt Russland vor der englischen Politik.

Berlin, 31. Januar. Nadel schreibt in der „Roten Rasse“, daß, wenn die England zugedachte Absicht einer Revision des Vertrages von Versailles ausgeübt würde, die Lage Deutschlands sich dadurch nur noch verschärften würde. England will Deutschland in eine Kolonie erster Klasse, Russland in eine Kolonie zweiter Klasse verwandeln. England hat eingeschaut, daß angesichts des Sturzes des deutschen Valuta Deutschland nicht imstande sei, seine Verpflichtungen mit Gold zu zahlen, zu erfüllen, und hat beschlossen, die alte Methode der Sieger anzuwenden und die besiegten Völker zu Sklavenarbeiten zu zwingen. Nadel warnt Russland vor der Politik Englands und betont die Notwendigkeit, die Armee in ihrer vollen Stärke bestehen zu lassen, da England als Garantie die Verpfändung der russischen Bahnen und Häfen verlangen wird.

#### Krassow und Lloyd George.

Rom 31. Januar. „Giornale d’Italia“ veröffentlicht eine Unterredung seines Londoner Berichterstatters mit Grafen der u. a. sagte Lloyd George hätte ihm gesagt, er sehe keinen Grund, der Sowjetregierung die Anerkennung zu versprechen, wenn Russland seine rücklichen Schulden anerkennen würde. Grafen erklärte, Russland sei entschlossen, die russischen Kriegsschulden anzuerkennen unter der Bedingung, daß Europa Russland die materielle Ausführung dieses Beschlusses ermöglichen würde.

#### Eine Protestnote der Randstaaten an Russland.

Riga, 31. Januar. Das lettische Pressbüro meldet, die Regierungen von Finnland, Lettland und Litauen hätten am 18. Januar der russischen Räteregierung eine Note mitgeteilt, in der gegen die Misshandlung der Untertanen dieser Länder in Sowjetrußland Protest eingeleitet wird.

#### Eine neue Amnestie.

Danzig 31. Januar. Wie die „Auskunft“ aus Moskau meldet, ist der Räteregierung gegenwärtig mit der Ausarbeitung einer neuen Amnestie beschäftigt, die alle russischen Emigranten betrifft, die keine antibolschewistische Propaganda getrieben oder an einer der militärischen Interventionen teilgenommen haben. Außerdem wird den Emigranten ihre persönliche Freiheit garantiert werden. Die neue Amnestie soll noch vor der Wirtschaftskonferenz in Genua in Kraft treten.

Justina erklärte dazu, sie und ihr Mann hätten absichtlich nicht ohne Zeugen zuerst zum Großvater hinein wollen, damit es nachher nicht heiße, sie hätten etwas in Unordnung gebracht oder vielleicht gar beiseite geräumt.

„Sie dachten also doch gleich an ein Verbrechen?“ fragte der Vorsitzende.

„Ja, aber nur an einen Einbruch. Und wie der Großvater schon misstrauisch war, hätte er am Ende noch glauben können, wir hätten ihn bei der Gelegenheit nachträglich auch noch bestehlen wollen. Aber wir brauchen kein Geld nicht. Wir bestehlen niemand.“

„Und doch hat Ihr Mann gleich nach Entdeckung der Mordtät als erstes die Spatassenbücher an sich genommen!“

„Das war sein Recht. Er ist doch der Sohn, und der Großvater war ja tot,“ lautete die trocken gegebene Antwort.

Der Gemeindebürger Matthis gab an, daß er gegen zwei Uhr nachts am Brintnerhof vorübergegangen sei und absolut nichts Auffälliges dort bemerkt habe, obwohl der Mond schien,

und es ihm sicher aufgefallen wäre, wenn ein Fenster im Erdgeschoss zerbrochen gewesen wäre.

Dagegen behauptete ein Arbeiter der Ebentaler Mühle, daß er in der Mordnacht gegen 1 Uhr, keinesfalls später, von Kalkreut nach Ebental heimgegangen sei und, als er ein Stück am Herrenhaus vorüber war, hinter sich ein Klirren wie von

zerbrochenem Glas gehört habe. Er sei stehen geblieben und habe sich umgeschaut, aber keinen Menschen erblickt. Auch

seien bestimmt sämtliche Fenster beider Wohnhäuser dunkel gewesen.

### Die Anschlußbewegung.

#### Freiheitskampf der Egerländer.

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie und nach Ausrufung der tschechoslowakischen Republik traten die offiziellen Vertreter aller in Betracht kommenden Körperschaften des gesamten Egerlandes zu einer Sitzung zusammen. In dieser wurde eine gehärmische Erklärung gegen die Einverleibung des Egerlandes in die tschechoslowakische Republik beschlossen. Es wurde darauf hinzu, daß das Egerland staatsrechtlich eigentlich gar nicht zum Kronlande Böhmen gehörte und einwandfrei feststeht, daß dieses Gebiet vor 800 Jahren von den vogtländischen Vögten an die Krone Böhmen zwar verpfändet, jedoch dem Lande Böhmen niemals einverlebt worden ist.

Das Egerland hat diese Sonderstellung schon wiederholt auch in alten Österreich zur Geltung gebracht und nicht immer ohne Erfolg. Zum letzten Male verwiesen die deutschen Egerländer einer österreichisch-ungarischen Regierung gegenüber auf ihre rechtsunmittelbare Stellung, als im Jahre 1897 der polnische Präsident der österreichischen Regierung, Graf Baden, den Versuch machte, im Verordnungswege die innere tschechische Amtssprache auch in den deutschen Gebieten Böhmens, Mährens und Schlesiens einzuführen. Es gab damals den Staat in seinen Grundfesten erschütternde Kämpfe, und der gesetzlich denkbarwürdige Egerer Volksstag vom 14. Juni 1897, bei welchem die deutschen Bürger durch berittene tschechische Polizei niedergeschlagen wurden, bildete mit einem Höhepunkt in den Ereignissen der damaligen Zeit. Und wenn schließlich die deutsche Bevölkerung im Kampfe gegen die Defektive des Grafen Baden Sieger blieb, so hatte sie dies vor allem der tapferen Haltung der Egerländer zu verdanken. Auch jetzt marschiert das Egerland wieder an der Spitze der Abwehrbewegung gegen die gewaltsame Verschließung der reindeutschen Gebiete, welche gegen den Willen ihrer Bevölkerung in die tschechoslowakische eingedrängt worden sind. Der erwähnte Protest der Vertreter des Egerlandes wurde seinerzeit mit einer leidenschaftlichen Erklärung der tschechischen Regierung abgetan und diese seitdem mit allem Hochdruck so rasch als möglich die Tschechisierung, insbesondere der zum Egerland gehörigen Wellbadeorte Marienbad, Karlsbad und Franzensbad, durchzuführen.

In welcher jedem Rechtsgefühl bohnsprechenden Weise dies geschieht, das würde den Gegenstand eines eigenen Kapitels bilden. Jedoch aber ist diese Art der Entdeutschung geeignet, mit dazu beizutragen, den Kampfmotiv der um ihre ureigenen böhmisches Rechte ringenden deutschen Bevölkerung zu stählen. Durch eine Anregung, welche am 10. Januar d. J. anlässlich einer Kreistagung des Bundes der deutschen Landwirte in Eger gegeben wurde, tritt nun der Kampf der Egerländer in eine neue Phase. Es wird nämlich eine große neuerliche Volksbewegung eingeleitet werden, und zwar soll mit einer gewaltigen Volkskundgebung einsetzen, die im Laufe des Jahres aus Anlaß des 600jährigen Gedenktages der Verpfändung des Egerlandes stattfinden soll. Es ist wahrscheinlich, daß diese Kundgebung auf den 25. Jahrestag des Egerer Volksstages, also auf den 11. Juni, anberaumt werden wird. Wie damals Tausende reichsdeutsche Weltgenossen aus Sachsen und Bayern in Eger aufgegangen waren, so soll auch diesmal wieder der Stoff an sie ergeben. Denn gerade in unseren Tagen ist die Bedeutung des Zusammengehörigkeitsgefühls der durch die unseligen Friedensverträge voneinander getrennt lebenden deutschen Stammesbrüder notwendiger denn je. Die Vorbereitungen zu dieser hochbedeutenden Tagung, zu welcher auch die Vertreter aus den übrigen Sudetenländern eingeladen werden sollen, werden demnächst in Angriff genommen.

### Politische Tagesneuigkeiten.

Die Industriekrise der Tschechoslowakei. Die Frage der Erhöhung der Kohlenpreise hat die Industriekrise bedeutend verschärft. In dem kleinen Wallendorf liegen alle Betriebe still. Die keramischen Werke haben ihren Arbeitern 14-tägig gestundigt. Die Arbeiter sind mit einer Regelung der Löhne einverstanden, falls sie den Teuerungsverhältnissen in den Kohlenrevieren entspricht. Im Gablonzer Gebiet stehen alle Glasschüttbetriebe still. In der Porzellanindustrie ist den Arbeitern nahezu überall 14-tägig gestindigt worden. In den Knochenwerken in Prag sind 2000 Arbeiter in den Streik getreten.

Die Herauslösung der französischen Dienstzeit. Nach Zustandekommen des englisch-französischen Bündnisvertrages soll die Dienstzeit in Frankreich auf ein Jahr herabgesetzt werden. Bereits vor längerer Zeit hat man die früher zwölfjährige Dienstzeit auf 1½ Jahre herabgesetzt, doch ist diese Maßnahme bisher noch nicht in Erscheinung getreten. Da die augenblickliche Friedensstärke des französischen Heeres 750 000 Mann beträgt, dürfte sie bei Einführung der einsährigen Dienstzeit erheblich herabgesetzt werden. Für die Herauslösung der Dienstzeit dürfte auch das Abkommen von Ankara bzw. der durch dieses Abkommen bedingte Rückzug der französischen Garnisonen aus Cilicien maßgebend sein.

Um die belgische Strassenbahn. Die belgische Regierung hat unter Androhung des Abbruches der diplomatischen Beziehungen

Andererseits wieder behauptete ein Dreicher, der damals in der Scheune des Brintnerhauses übernachtet hatte, es habe sowohl beim alten Brintner als drüber in der Glöcklichen Wohnung die ganze Nacht Licht gebrannt. Da ihm unwohl war und er nicht schlafen konnte, sei er mehrmals aufgestanden, um in die frische Luft hinauszugehen, dabei habe er jedesmal die Lichter gesehen, und aus der Wohnung des Alten gedämpfte Stimmen vernommen, die sich anhörten, als stritte man sich drinnen.

Alle drei Zeugen blieben hartnäckig bei ihren Angaben.

Es wurde dann eine Reihe von Leuten vernommen, die über das Verhältnis des Ermordeten zu den jungen Brintners aussagen sollten. Dieses wurde allgemein als schlecht bezeichnet.

Nur Toni Bach und Tina sagten es sei nicht so arg gewesen. Streit habe es wohl öfter gegeben, besonders da der Großvater die Gewohnheit gehabt hatte zeitig früh aufzustehen und Kohlen in seine Wohnung zu schaffen. Aber es sei nicht ärger gewesen, als bei vielen anderen Leuten. Er habe halt auch die Schwiegertochter, die er hochmütig und heimisch nannte, nie leiden können, und manchen Streit durch seine rechthaberische Einmischung in Hausanglegenheiten selbst herausgebracht.

Bastl erklärte, er habe sich mit dem Alten, wenn er zu Besuch kam, immer gut gestanden, und dieser habe sich nie über Justina oder über Andres bei ihm beklagt.

Eine Näherin, die regelmäßig am Brintnerhof arbeitete, hatte nie etwas von einer schlechten Behandlung des Alten bemerkt.

Justina sagte: „Die Leute sind halt schlecht und boshaft. Von mir aus hätte der Großvater noch zwanzig Jahre leben können, ich habe nichts gehabt gegen ihn. Das einzige, was ich ihm vorzuwerfen gehabt habe, war, daß er seinen Sohn nicht beizeiten vom Trunk abgehalten hat. Es ist der einzige Kummer in meiner Ehe, und den habe ich des Großvaters schlechter Erziehung seines Sohnes zu verdanken.“

(Fortsetzung folgt.)

# Posener Tageblatt

gen der jugoslawischen Regierung eine Note überreicht, worin sie die Forderung stellt, daß die Belgrader Gemeinde bedingungslos die Belgrader Strafenbahn der rechtmäßigen Besitzerin seiner besagten Weißbrosz überlassen müsse. Die Belgrader Gemeinde hat unlängst den Vertrag mit der belgischen Gesellschaft gesäßt, welche diese sich weiter einigen Vertragabstimmungen nachzukommen. Der Ministeriat wird sich in seiner nächsten Sitzung mit diesem Falle beschäftigen.

**Das litauische Kabinett.** Galvanauskas wurde zum Präsidenten des litauischen Kabinetts und zum Finanzminister ernannt. Das neue Kabinett stützt sich auf die christlichdemokratischen Parteien.

**Plan einer allgemeinen Arbeitspflicht in Ungarn.** Der ungarische Innensenator hat der Kammer den Plan eines Gesetzes für die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht in Ungarn vorgelegt. Das Gesetz bezieht sich auf alle Personen vom 18. bis 45. Jahre. Die Dienstzeit darf ein Jahr nicht überschreiten.

**Austritt des persischen Kabinetts.** Das persische Kabinett ist zurückgetreten. Der Schah von Persien begibt sich auf die Reise nach Frankreich.

## Republik Polen.

**Einführung der mitteleuropäischen Zeit in Polen.** Die Verkehrs- und Verwaltungskommissionen berieten im Beisein der Vertreter der Bahn, der Post und des Handels über die Einführung der sogenannten polnischen Zeit. Abgeordneter Rajca beantragte die Wiedereinführung der mitteleuropäischen Zeit. In der darauffolgenden Diskussion sprach man sich allgemein für die mitteleuropäische Zeit aus. Ein diesbezügliches Gesetz wird dem Sejm vorgelegt werden. Danach soll vom 1. Januar angefangen in Polen die Zeitbestimmung nach der mittel-europäischen Zeit erfolgen.

**Eine Wojewodschaft Przemysl.** In Przemysl fand eine Manifestationsversammlung statt, in der die Bildung einer besonderen Przemysler Wojewodschaft verlangt wurde.

## Deutsches Reich.

**Die Grenzmark Posen-Westpreußen.** Die Bildung einer neuen Provinz „Grenzmark Posen-Westpreußen“, die schon in der neuen preußischen Verfassung vorgesehen ist, wird nur ernstlich in die Wege geleitet. Das preußische Staatsministerium hat dem Staatsrat soeben einen Gesetzentwurf über die Neuordnung der kommunalen Verfassung und Verwaltung in der Ostmark zugehen lassen, deren hauptsächlicher Inhalt die Bildung dieser neuen Provinz zum Gegenstande hat. Der Entwurf ist überdrückt: „Gesetz über die Neuordnung der kommunalen Verfassung und Verwaltung in der Ostmark.“ Sein § 4 lautet: „Aus den Kreisen Schloßau, Flotow, Deutsch-Krone, Neukreis, Stadt Schneidemühl, Schwerin, Mecklenburg, Bornit und Frankfurt wird die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen gebildet.“

**Überwachung der Ein- und Ausfuhr.** Die Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen Regierung und den Alliierten über die Ausgestaltung des Kontrollorgans für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr werden in den nächsten Tagen in Koblenz wieder aufgenommen werden. Als Vertreter der deutschen Regierung traf Geheimrat von Tredelenburg und Geheimrat von Friedberg in Koblenz ein.

**Der 11. August Nationalfeiertag in Deutschland?** Dr. Petersen (Dem.) und Genossen haben im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: 1. Die Reichsregierung zu erüben, dem Reichstag alsbald den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, nach dem allein der 11. August zum Nationalfeiertag des deutschen Volkes erklärt wird. 2. Es wird festgestellt, daß der gesetzliche Schluß des Artikels 139 der Reichsverfassung allen Feiertagen zuteil zu werden hat, die zur Zeit des Erlasses der Reichsverfassung als staatlich anerkannte Feiertage zu gelten hatten.

**Ausschreibungen von Arbeitslosen.** In Charlottenburg, Neukölln und Lichtenberg fand am Freitag zu großen Demonstrationen der Arbeitslosen in Lichtenberg wurde von der Menge die Räden geplündert. In Berlin befürchtet man weitere Unruhen.

**Wieberaufbau des Dessauer Theaters.** In der Donnerstagssitzung des Kuratoriums wurde einmütig folgende Entschließung gefasst: Das Kuratorium gibt seiner tiefsten Trauer über die Vernichtung der altherwürdigen und künstlerischen Stätte und dem Schmerz über den Verlust der ausgezeichneten Künstlerin Frau Kammerängerin Herling Ausdruck. Es befindet seinen einmütig entschlossenen Willen, eine der historischen und künstlerischen Bedeutung des Dessauer Friedrich-Theaters entsprechende Stätte für Oper und Schauspiel neu errichten zu lassen. Es hat ferner bereits Maßregeln für ein geeignetes Provisorium erwogen. Damit ist die Entscheidung, daß das Dessauer Friedrich-Theater aus Schutt und Asche neu erstehen wird, gefallen.

## Freistaat Danzig.

**Die Grippe in Danzig.** Nach vorübergehend kurzen Abflauen hat die Grippeepidemie im Freistaate Danzig wieder aufs neu außerordentlich heftig um sich gegriffen. Wie die „Danziger Neuesten Nachrichten“ melden, ist gegenwärtig ein Drittel der gesamten Bevölkerung Danzigs von der Grippe befallen. Dabei handelt es sich um zahlreiche Nacherkrankungen mit tödlichem Ausgang. Eine Anzahl von Schulen hat vorübergehend geschlossen werden müssen.

## Aus der polnischen Presse.

**Die Polen in Deutschland.** Dem „Dziennik Berliniński“ (Berlin, Nr. 9 vom 12. Januar) wird aus Hamburg geschrieben: „Die polnischen Kolonien von Hamburg und Umland sind durstig nach der Abrechnung am Schlus des Jahres. Sie sagen, daß sie nicht frei von Verlusten gewesen sind, aber es hat auch an Gewinnen nicht gefehlt. Ein gewisser Verlust für uns war, daß in diesem Jahre abermals so mancher mit seiner Familie in die Heimat zurückkehrte, und so hat sich denn die Anzahl der Landsleute in unseren Gegenden vermindert. In dieser Beziehung wird das neue Jahr sicherlich noch größere Verluste für uns bringen, denn wir dürfen erwarten, daß nach der Option noch mehr Landsleute in die Heimat abwandern werden. Vorderhand jedoch wird noch eine hinreichend große Zahl hier verbleiben. Mit Weisheit gebeten wir auch derer, die uns der Tod entrissen hat, und mit ebenso großem Schmerz derer, die sich von uns losgelöst haben, besonders unter der Jugend. Das ist überhaupt unsere größte Krankheit in diesen Gegenden, daß die Jugend nicht bloß moralisch schlechter wird, sondern daß in ihr auch immer mehr der nationale Geist und die nationalen Ideale schwunden. Daher ist unser sehnliches Verlangen, daß das neue Jahr für uns die Errichtung einer polnischen Schule in Hamburg bringen mögliche. Der größte Gewinn im vergangenen Jahre war, daß wir uns um das Zusammenkommen einer engeren Organisation unserer Landsleute bemüht haben. Jetzt bleibt auf diesem Gebiete noch viel zu wünschen übrig, allein der Anfang ist gemacht, und neues Leben beginnt in den polnischen Kolonien sich zu regen. Ein Zeichen hierfür sind im letzten Monat die verschiedenen Weihnachtsfeiern gewesen. Und zwar sind solche Feiern veranstaltet worden in Notenburgsort vom Verein der katholischen Polinnen und „Einigkeit“ in Bamberg vom Kościuszko-Verein und im Hagelsteinschen Lokale vom Verein der polnisch-katholischen Handwerker in Anwesenheit des Konsuls. Alle sind sehr hübsch gelungen. Bei allen diesen Feiern hielt der Pfarrer eine Ansprache; den Rest der Vortragsfolge füllten hübsche

Gesänge und Delikatessen unserer Kinder aus. Sicherlich haben solche Feiern auch in anderen polnischen Kolonien stattgefunden; aber es fehlen uns darüber nähere Nachrichten, ebenso wie auch über die Feier anlässlich des Jahrestages des Novemberaufstandes in Wilhelmsburg. Am Weihnachtssiebte fand ein gemeinsamer polnischer Gottesdienst mit Hochamt und polnischer Predigt in Hammerbrook statt. Am Schluß verkündete der Pfarrer, daß der nächste gemeinsame Gottesdienst am vierten Januarsonntag um 9 Uhr in Wilhelmsburg stattfinden werde. Am Gottesdienst nahmen der Konsul Roman nebst Familie, unter neuer Botschaft Dr. Czerw mit Frau, die Konkultusbeamten und ein zahlreiches Publikum teil. Während des Gottesdienstes sang der Chor schöne polnische Weihnachtslieder, und hierauf fand eine gemeinsame Versammlung in der katholischen Schule statt. Bei der Weihnachtssiebte in Notenburgsort händigte der in die Heimat zurückkehrende Herr Nochus Krupa als langjähriger Vorsitzender des Vereins für Aufklärung dem Verein der Polinnen 400 Mark für Aufklärungsmittel, auch spendete er für die Gefangenen 800 und zu Wohltätigkeitszwecken 800 Mark. Ein nachahmungswertes Beispiel für alle, die unsere Gegend verlassen! Wir wollen auch erwähnen, daß anlässlich der Weihnachtssiebte das Konsulat und andere Wohltäter den Beitrag von 700 Mark stifteten; beim gemeinsamen Gottesdienst in Hammerbrook wurden 27620 Mark für die polnischen Gefangenen gesammelt, wozu der Pfarrer alle noch der Predigt angeregt hatte. Bei der Weihnachtssiebte des Vereins der polnisch-katholischen Handwerker wurden für die Gefangenen 140,50 Mark gesammelt. Wir dürfen also mit unserer Arbeit im alten Jahre zufrieden sein, und es besteht auch die Hoffnung, daß im neuen Jahre die Aktion in unseren polnischen Kolonien von Hamburg und Umgegend sich weiterentwickeln wird auf dem religiösen, nationalen und kulturellen Gebiete. Mit Unterstützung anderer wird es uns in Zukunft gelingen, in unseren Berichten ein ausführlicheres Gesamtbild des polnischen Lebens in unseren Gegendern zu bieten.

bis auf weiteres aus. Der Wiederbeginn wird bekannt gegeben werden.

**# Professor Dr. Dosein-Breslau** wird am Freitag, dem 3. Februar, abends 8 Uhr in der Aula des Deutschen Gymnasiums einen Vortrag über „Das Leben der Biene und ihre Weise“ halten. Die sehr interessanten Aufführungen des bekannten Doctores dürften allgemein großes Interesse finden. Eintrittspreise zu 150, 100 und für Schüler 50 Pf. sind in der Evang. Vereinsbuchhandlung zu haben.

**# Hans Sachs-Spiele.** Am kommenden Mittwoch, dem 1. Februar, abends 8 Uhr, findet im großen Saal des Gang. Vereinsbaus die Aufführung von 4 Hans-Sachs-Spielen durch die Siedlungsmeinde Marowitz statt. Eintrittspreise sind zu 800, 200 und 100 Pf. in der Evang. Vereinsbuchhandlung zu haben.

**\* Bojanowo, 31. Januar.** Dem hiesigen Krankenhausverein ist es endlich nach langen Bemühungen gelungen, an Stelle des im Jahre 1920 nach Deutschland verzogenen und hier sowie in der Umgegend beliebten Krankenhausarztes Dr. Hilde, einen neuen Chirurgen in der Person des aus Polen stammenden und dort mit bestem Erfolge tätig gewesenen Dr. Peiser zu gewinnen, der seine Tätigkeit am Krankenhaus bereit aufgenommen hat.

**\* Samotschin, 31. Januar.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, um den hiesigen Arbeitern in dieser harten Winterszeit durchzuholen und sie vor Not zu bewahren, daß aus einer vier Personen starken Familie der Mann zu städtischen Arbeiten zugelassen werden soll; auch sollen nur hiesige und keine auswärtigen Arbeiter bei städtischen Arbeiten berücksichtigt werden.

## Wandel, Gewerbe und Verkehr.

### Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	31. Januar	30. Januar
Bank Zwischenl. I.-IX. Em.	220 +A	220 +A
Bank Handl. Poznań I.-VIII. Em.	360 +A	380 +A
Born. Bank Ziemia I.-III. Em.	235 +N	-
Welslowo akt. Bank Polnicy	-	200 -A
Zentrala Stör I.-IV. Em.	225 +N	225 +N
Burtownia Zwakowa	130 +N	130 +N
H. Cegielki I.-VII. Em.	-	185 +N
E. Hartwig I.-IV. Em.	-	290 +A
Patria . . . . .	890 +A	-
Luban. Mat. I.-IV. Em.	750 +N	800 +A
Dr. Roman Mat. I.-IV. Em.	440 +N	440 +A
Wytworna Chemica III. Em.	150 +N	-
Auszahlung Berlin 17,85-17,05 +N.		

### Inoffizielle Kurse:

Bank Przemysłowa	215 +N	-
Ucenna	200 +N	-
Schles.-Viktoria	265-270 +A	285 +N
Bentki	-	470 +N
Waggon Ostrogo	125 +N	125 +N
Wynnowna Mafion Mlynskich	255 +A	-
Wiel. Huta Niedzi	270 +N	265-275 +
Orient	200-203 1/2 +N	205 +A
Sarmatia I.-II. Em.	-	880 +A
Buriownia Stör I. Em.	280 +N	-
Triest	215-220 +A	155 +A
Bapiernia Bydgoszcz	180 +N	-
Pneumatik	140 +A	-

### Berliner Börsenbericht

dom 30. Januar	
Disconto-Komm.-Anleihe	409 -
Berliner Mälzchen-Fabrik	3 1/4 % Bef. Blandbriefe
Schwarzpoki	6.10
Hartmann Mälz.-Alien	1048,-
Düsseldorf. Waggonfabrik	125 +N
Aktien	470 +N
Waggon Ostrogo	125 +N
Wynnowna Mafion Mlynskich	255 +A
Wiel. Huta Niedzi	270 +N
Orient	200-203 1/2 +N
Sarmatia I.-II. Em.	880 +A
Buriownia Stör I. Em.	-
Triest	155 +A
Bapiernia Bydgoszcz	-
Pneumatik	-

= Danzig, 31. Januar. An der heutigen Börse wurden amtlich notiert: Polnische Noten 6-6,10, Auszahlung Wartha 6-6,05, Pfund Sterling 860-865, franz. Franks 1670-1680.

### Wetterbericht

unseres Wetterfachverständigen vom 31. Januar 1922, früh: 9 Uhr.

Ort	Windrichtung	Temperatur (Grad Celsius)	Windrichtung	Temperatur (Grad Celsius)	Windrichtung	Windgeschwindigkeit
Posen	750,5	+1	SW	5	Neapel	755,1
Bromberg	750,6	-5	O	2	Florenz	-
Barzdau	744,1	-6	SO	3	Brüssel	750,4
Łódź	738,1	-2	SSO	3	Paris	748,5
Gembork	759,7	-10	OSO	3	Berwick	748,5
Danzig	-	-	-	-	Kopenhagen	750,3
Berlin	750,9	-2	W	2	Karlsbad	755,3
Hamburg	-	-	-	-	S. och.	-
Belgrad	756,4	-2	NO	2	Bergen	-
Budapest	-	-	-	-	Delsing.	759,7

Bom Wetter. Der weniger vor kommende Wettertypus, meist Hoch über Westeuropa, die Depressionen über dem Atlantik stehen und uns im Winter meist klare, kaltes Wetter mit östlichen Winden bringen, ist in den am meisten vor kommenden Wettertypus übergegangen, bei dem das Hoch über Süd, die Depressionen über Nordeuropa lagern. Nord-, Mittel- und Osteuropa bilden dann den Tummelpunkt für die meistenteils von West- nach Osteuropa ziehenden Depressionen, die oft längere Zeit aufeinanderfolgen und uns im Winter meist gelindes Wetter mit Neigung zu Niederschlägen bringen. Da die schon längere Zeit über Westeuropa liegende Depression weiter nach Osten vorgedrungen ist, kann man bestimmt annehmen, daß die weiteren über dem Atlantik sich bildenden Depressionen wohl die von der ersten eingeleitete Zugtrasse, die von England über die Nordsee, Dänemark, Südschweden und weiter nach Rußland, ziehen werden. Dennoch kann man erwarten, daß das gelinde Wetter einige Tage oder auch längere Zeit anhält. Mit Bestimmtheit kann das aber nicht vorausgesagt werden, und eine Wiederkehr der Kälte ist immerhin möglich, wenn auch nicht wahrscheinlich; maßgebend wird das Verhalten des südlichen Hochs sein.

Auftrittsverteilung über Europa: Das schwache Hochdruckgebiet über Osteuropa hat sich weiter östlich verzogen, ein ebenfalls schwaches lagert über Südoft- und ein neues scheint sich über Südwesteuropa zu bilden. Ausläufer der über England stehenden Depression reichen bis nach Mitteleuropa.

Das Wetter in Polen: Bewölkt, neblig, etwas Schnee ist gestern abend gefallen; heute vormittags wurde erst etwas

Die Verlobung meiner jüngsten Tochter Erna mit dem Gutsbesitzer Herrn Bruno Klingbeil erlaube ich mir ergebenst anzugeben.

Berta Hahnsch  
geb. Schiller.

Zlotkowo, 29. Januar 1922.

Erna Hahnsch  
Bruno Klingbeil  
Verlobte.

Zlotkowo.

Slepuchowo.



Am Sonntag, dem 29. Januar, nachm.  
5 Uhr entschlief nach langem, schwerem, mit  
großer Geduld ertragtem Leiden meine  
innig geliebte, gute Frau

**Anna Grossert**

geb. Kupnow  
im vollendeten 39. Lebensjahr.

In tiefer Trauer  
namens der hinterbliebenen:

Adolf Grossert.

Poniec, den 30. Januar 1922. 5069

Stellenangebote

Gesucht wird zum 1. 4. auf  
ein Gut ein verheirateter

**Maschinenmeister  
oder Monteur,**  
der mit landwirtsch. Ma-  
schinen Drehbank u. elekt. Dicht  
vertraut ist. Melb. u. v. s. 5063 u. d. Geschäftsst. d. Bl.

Gut empfohlenen verh. 5041

**Guts - Steinmacher**  
zum 1. April 1922 gesucht.  
G. Hildebrand, Klebezewo  
bei Kostrzyn, Bezirk Poznań.

Gesucht zu baldigem An-  
tritt erwachsener (5078)

**Gärtner.**

Angebot mit Angabe der Fa-  
milienverhältnisse an **Zuder-  
fabrik Görschen, Turo-  
wnia Miejska Görska,  
pow. Rawicz.**

Auf Gut n. Deutsch. j. 1. 2. gef.

**1 Stuben- und  
1 Rübenmädchen.**

Meldungen unter v. s. 5057  
an die Geschäftsstelle dies. Bl.

Wir suchen zum soj. Antritt evtl. zum 1. April einen

**Kantor,** der auch Religionslehrer  
sein. Der Vorstand der jüd. Gemeinde

Szamotuly.

(5083)

Bum baldmöglichst Antritt wird ein nicht zu junger  
und zuerlässiger, mit der sicheren Führung einer umfangreichen  
Krankenkasse vollständig vertrauter

**Buchhalter,**

der auch im

**gesucht.**

Bedingung: Beherrschung

der polnischen Sprache in

Beispiel weiß.

Angabe mit Lebenslauf, Bezeugnissen und Gehalts-

forderung bei freier Station an

(5072)

Mentamt der Herrschaft Smolice

bei Lublin.

**Verheir. Brennereiverwalter**

zum 1. April d. J. oder nach Beendigung der Kam-

vagne gesucht. Meldungen mit Lebenslauf, Beug-

nissen und Gehaltsansprüchen an

(5049)

von Fischer, Warchowo (Pomorze),

powiat Kartuzy, Bahnstation Warchow.

**5 Zimmer Möbel -**

sosort preisw. zu verkaufen, evtl. ist die Parterrewohnung,

beste Lage im Zentrum d. Stadt, m. Möbeln gleich

zu übernehmen. Bisch. u. 5081 a. Geschäftsst. d. Bl.

# Der Bender Abend

findet am Dienstag,

den

7. Februar 1922

im

groß. Saale des Ev. Vereinshauses um 8 Uhr abends statt.

Der Kartenverkauf hat bereits bei Görsl und in der Expedition der Posener Neuesten Nachrichten begonnen. 5076

## ALBODONT

Zu Hause — auf Reisen  
der Gesundheit wegen  
soll man den Mund und die Zähne pflegen.  
Drum darf ein jeder — infolgedessen  
Zahnpasta ALBODONT nicht  
vergessen.

**J. & S. STEMPNIEWICZ**  
Parfümerie und Seifenfabrik  
POZNAN.

Wir bringen hiermit unserer geschätzten Kundschaft zur gesl. Kenntnis, dass gegenwärtig unsere

## Säcke- u. Jutewaren-Fabrik

vollständig in Betrieb gesetzt worden ist. Sämtliche Aufträge führen wir in kürzester Zeit aus und haben stets auf Lager in allen Mengen fertige

# Säcke

für Getreide, Mehl, Samen, Zucker, sämtliche Bodenfrüchte, Soda, künstlichen Dünger, Paraffin und dergl.

**zu ermäßigten Preisen.**

## TOWARZYSTWO AKCYJNE „JUTA“

Poznań, ulica Pawła 1.

Telephon 22-45.

Telephon 22-45.

## Wie laufen

jeden Posten

Stroh, lose und gepreßt,  
heu, Hafer und Gerste

zu höchsten Preisen.

## WILDECKA FABRYKA PASZY T.A.

Poznań, ulica Dąbrowskiego 79-85.

## Suche junge Dame

zum baldigen Antritt

die Landhausfrau mittlerer Größe verleiht zur Unterstützung  
der Hansrath. Hohes Gehalt. Gef. Anerbieten unter v. s. 5071  
an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Deutsch. Inspector,** verh. gestützt an  
gute Bezeugnisse, der volmischen  
Sprache sucht bald co. 1. 4. 1922 Dauerstellung.  
Gef. Disett. u. s. 5075 an die Geschäftsstelle dies. Bl. erbeten.

## Stellengemeinde

32 J. alt. verh., engl. deutsch

u. volmisch spr., ent. allen forstl.

u. jagdl. Arb. vollst. vertr., sucht

v. 1. 4. bei deutsch. Herrsch. Stellg.

Angebote erbeten unter 5066

an die Geschäftsstelle dies. Bl.

## Kino Colosseum

sw. Marcin 65.

Vom 30.1. bis 6.2.:

Leute die nicht zu

fassen sind!

Größte Sensations-

Abenteuer-Drama

in 6 gew. Akten

Nie gesehene Sen-

sationen u. fast unglaublich.

Abenteuer halten d. Zuschauer

in größt Spannung.

Achtung! Täglich von 4-6

Jugend-Vorstellung.

zu ermäß. Preisen.

Saal gut geheizt.

Freitag,  
3. Februar,  
8 Uhr, in der  
Akademischen Gym-  
nasium:

Universitätsprofessor

Dr. Doslein, Breslau:

„Das Leben  
der Bienen  
u. Ameisen.“

Uichschildvorlesung.

**PALACOWY**  
Teatr  
plac Wolności Nr. 6.

Täglich

**Die Königin  
der Kohle.**

Wunderschöne Komö-  
die in 6 Akten aus dem  
Leben der Plutokratie  
Neu Yorks.

Künstler-Konzert.

Ottowärde, Altona, S.  
Univers. evtl. in absentia.  
Ausf. üb. Erlana, d. B. N. S.  
182 Ula-Hausenstein &  
Bogler, Berlin w. 35.

**Neigungshe**  
wünscht Landwirtstochter mit  
m. ill. Windmühlenan und Stück  
Gest. Off. u. „Neigungs-  
ehe 5073“ a. d. Geschäft-  
stelle d. Bl. erbten.

**Lager-  
metalle.**  
in verschiedensten Legie-  
rungen preiswert vom  
Vorrat lieferbar.

**Smoschewer i Sta.**  
T. z. o. p.,  
Bydgoszcz, Tel. 431.

**Wohnungen**

**Gut möbl.**  
**Zimmer**  
zu vermieten bei  
Bethmann,  
ul. Glogowska 104. I. r.

**Möbl. Zimmer**  
von jungem Ehepaar gesucht.  
Gef. Off. u. v. G. 5068  
a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

## Original Benzli

## 1 und Mehr | scharfslüge

**Kultivatoren**  
Biehutte - Dämpfer  
alle Benzliischen Original-Ersatzteile

liefern sofort ab Lager

[4971]

**Woldemar Günter**

Landwirtschaft Maschinen u. Bedarfssachen,

4751. Fette und Öle,

Poznań, ulica Sew. Mielżyński 6 (früher

Viktoriastraße) Nr. 6. Telefon 52-25.

Gesucht **Glücke** für Landwirtschaft  
Familienanschluß, Gehaltsforderung,  
Bild und Zeugnisse zu senden an

Acops, Dampfziegelei, Plezow, Bahnhof.



entrichtet. Wagen und Kutschen unterliegen nicht der Abgabe. Automobile und Equipagen, die das Eigentum von Art. 3, I erwähnten Institutionen sind, unterliegen nicht der Abgabe. Personen, die Equipagen in der Stadt und Landwirtschaften besitzen, die in der Nähe dieser Stadt gelegen sind, unterliegen nicht der Abgabe von Equipagen.

Automobile und Equipagen, die zu Repräsentationszwecken von Staatsbeamten benutzt werden, die eine Repräsentationszulage erhalten, sowie dieselben, die sich im Besitz von Geistlichen befinden, unterliegen der Abgabe auch nicht.

Bu Art. 2, VII. Teil.

§ 16. Zu den Grundstücken, von denen im Art. 2, VII. Teil die Rede ist, gehören nicht die zu Bergwerken und Unternehmungen benutzten Grundstücke, Fabrikgrundstücke, Häuser, Fabrikgebäude, Magazine und solche Grundstücke und Gebäude, die der Verstand und die Angestellten der Unternehmungen zur Benutzung erhalten haben.

Bu Art. 3, I, 3a.

§ 17. Von der Abgabe sind die gesetzlich anerkannten religiösen Institutionen befreit, jedoch nur hinsichtlich der zu Missionssiedlungen benutzten Räume, zum Beispiel Kirchen, Betthäuser, Gemeindehäuser, Kirchentanzaleien usw. Die Geistlichkeit, die Kirchendiener usw. unterliegen der Abgabe von der Miete, die sie für ihre Wohnung bezahlen oder die für umsonst bewohnte Räume aufgezogen wird, die sie in Kirchen und Gemeindegebäuden einnehmen.

Bu Art. 3, 4 b.

§ 18. Personen, die in diesem Absatz erwähnt werden, und mehr als ein Automobil in eigenem Gebrauch haben, unterliegen der Abgabe von jedem derselben.

Bu Art. 4 und 5.

§ 19. Die Grundlage zur Berechnung der Abgabe bildet grundsätzlich die Gesamtsumme der Steuern vom Jahre 1920. In den Fällen, wo die Steuerpflicht erst im Jahre 1921 entstand, wird als Grundlage die Steuer für 1920 angenommen, im Verhältnis des ganzen Jahres berechnet.

Bei Festlegung der Grundlagen zur Berechnung der Abgabe werden keine die Gesamtsumme der Steuern verringernden Erleichterungen und Gemäßigungen berücksichtigt, die infolge von Kriegs- und Elementarschäden, Nichtbenutzung usw. zuverlassen worden sind.

Bu Art. 4 A a, B a, C a und Art. 6.

§ 20. Die wahren, grundähnlichen und Progressiv-Multiplikatoren werden nur in den Kreisen und Gemeinden angewandt, auf die die Bestimmungen des Art. 38 nicht angewandt werden.

§ 21 nicht für den früher preußischen Anteil.

Bu Art. 4 A b, B c, C e.

§ 22. Wenn ein und dieselbe Person von mehreren Unternehmungen oder mehreren Institutionen oder von mehreren Abteilungen (Vertriebsstellen, Filialen, Niederlagen usw.) Steuern zahlt, so hat sie die Abgabe von jeder Unternehmung bzw. Abteilung besonders zu zahlen.

Bu Art. 4 C e.

§ 23. Die Höchstsumme der Abgabe, die auf der Grundlage eines Vierteljahr der allgemeinen Gewerbesteuer bzw. Gewerbesteuer berechnet wird, beträgt:

1. Für Handelsunternehmungen in allen Ortschaftsklassen, (Anlage 1 und 2 zu Art. 4):

a) Für Banken, Wechselstuben und Bankunternehmungen jeglicher Art und Bezeichnung, ausgenommen Lombarddarlehenkassen und solche Wechselstuben, deren Operationen sich ausschließlich auf das Geldwechseln beziehen. 2 490 000.— M.

b) Für alle übrigen Handelsunternehmungen 1 411 000.—

2. Für Industrieunternehmungen in allen Ortschaftsklassen 1 500 000.—

Die niedrigste Gesamtsumme der auf der Grundlage eines Vierteljahr der allgemeinen Gewerbesteuer berechneten Abgabe beträgt:

1. Für Handelsunternehmungen:

a) In Ortschaften I. Kl. 6 375.— M.  
b) " II. 4 875.— "  
c) " III. 3 750.— "  
d) " IV. 1 875.— "

2. Für Industrieunternehmungen:

a) In Ortschaften I. Kl. 2 800.— M.  
b) " II. 2 100.— "  
c) " III. 1 400.— "  
d) " IV. 1 000.— "

Zu den Handelsunternehmungen werden unter anderem Baut-, Kredits-, Versicherungs-, Kommissions-, Speditions-, Restaurations-, Hotelunternehmen, Pensionate, Kinos, Bäder, und zu den Industrieunternehmungen landwirtschaftliche Industrie (Mühlen, Zuckerfabriken, Brennereien), Brauereien, Eisenbahngesellschaften und Schienenbahnen, sowie Handwerkstatteln jeglicher Art usw. gerechnet.

Bu Art. 4 C e 3.

§ 24. Wenn Gemeinden statt der Buschläge zu der in § 60 des Gesetzes über Gewerbesteuer bestimmten Schanksteuer eine besondere Schanksteuer einziehen, soll zwecks Berechnung der Abgabe vor allen Dingen die Schanksteuer veranlagt werden, und zwar für Schankunternehmen, die im Jahre 1920 die Gewerbesteuer gezahlt haben, oder vor ihr bestreit waren, ihrer Zugehörigkeit zur Gewerbesteuerkasse im Jahre 1920 entsprechend und für Unternehmen, die erst im Jahre 1921 die Gewerbesteuer gezahlt haben, oder von ihr bestreit waren, ihrer Zugehörigkeit zur Gewerbesteuerkasse im Jahre 1921 entsprechend.

Eine Schanksteuer, die keine 10 Mark beträgt, die im Sinne des § 61 des Gesetzes vom 24. Juni 1891 festgestellt worden war, wird bei Berechnung der Abgabe nicht berücksichtigt.

Bu Art. 5.

§ 25. Diejenigen Unternehmen im früher preußischen Teilstück, die schon vor 1920 bestanden haben und von der Gewerbesteuer in diesem Jahre auf Grund des § 7 des Gesetzes über Gewerbesteuer befreit waren, unterliegen der niedrigsten laut Art. 4 C e berechneten Abgabe auch dann, wenn sie im Jahre 1921 besteuert worden waren.

Diejenigen Bahlern von Schanksteuern und von Steuern vom Haushaltshandel, die obige Steuern zum ersten Mal im Jahre 1921 zu zahlen hatten, ist die Abgabe durch Multiplikation der Steuersumme mit den in Art. 4 C e Punkt 3 und 4 festgesetzten Multiplikatoren für 1921 zu berechnen.

§ 26 nicht für den früher preußischen Anteil.

Bu Art. 7, I. Teil.

§ 27. Juristische Personen, die Industrieunternehmen führen, zählen einen 10prozentigen bzw. 10prozentigen Satz ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt, in dem sie entstanden sind. Juristische Personen, die ein Handels- oder Bankunternehmen führen, zählen einen 10prozentigen bzw. 10prozentigen Satz der Abgabe, je nachdem, ob sie vor dem 1. Januar 1920 oder nach diesem Termin entstanden sind.

Zum Reservefonds und Betriebsrücklage werden auch alle besonderen Reservefonds hinzugerechnet.

Bu Art. 7, II. Teil.

§ 28. Die Grundlage zur Berechnung der Abgabe in Fällen der Umvalutierung eines Teils des Kapitals wird auf in folgendem Beispiel angegebene Art und Weise festgesetzt:

Die Summe des Gründungs- und Reservekapitals und der Betriebsrücklagen beträgt 10 Millionen Mark; in den Aktiven ist ein im Jahre 1912 erworbener Grundstückswert mit 2 Millionen Mark verzeichnet. Die Summe der Abgabe wird nun auf folgende Weise berechnet: Von 10 Millionen Mark werden 2 Millionen Mark abgezogen, bleiben 8 Millionen, zu dieser Summe wird das Ergebnis der Multiplikation: 2 Millionen mal 20 zugeteilt, es ergibt 40 Millionen Mark. Die Gesamtsumme des Vermögens also, die der Abgabe unterliegt, beträgt 48 Millionen Mark.

Bu Art. 9.

§ 29. Die Grundlage zur Berechnung der Abgabe bildet die grundähnliche Miete, die in Art. 2 und 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 1920 (Dz. U. R. P. Nr. 4, Blatt 19 vom 19. 12. 1920) ohne die Zuschluszahlungen, die in Art. 5 des erwähnten Gesetzes aufgeführt sind,

Falls es sich um Wohnungen handelt, die in Art. 8 des Gesetzes vom 18. Dezember 1920 erwähnt sind, wird die grundähnliche Miete in der Höhe angenommen, die der durchschnittlichen grundähnlichen Miete für ähnliche Wohnungen in Häusern entspricht, die den Bestimmungen des Art. 2 und 3 des erwähnten Gesetzes unterliegen.

Sähe in Höhe von 2000 Mark für jedes Zimmer bzw. Raum werden in den in Art. 8 des Gesetzes erwähnten Bezirken angewandt.

Bu Art. 10.

§ 30. Personen, die einen freier Beruf erst im Jahre 1920 ausüben begonnen haben, unterliegen der Abgabe nach Maßgabe der Einnahmen, die im Jahresverhältnis berechnet werden, und die den im Jahre 1920 von anderen Bahlern, die einen gleichartigen freien Beruf unter denselben oder ähnlichen Bedingungen ausüben, erreichten Einkommen gleichkommen.

Um früher preußischen Teiligkeit wird als Einkommen der Gewinn angesehen, der im Sinne des § 14 des preußischen Gesetzes über Einkommensteuer berechnet wird.

Bu Art. 12, II. Teil.

§ 31. Unter Spiritusbetrieben sind alle Unternehmen zu verstehen, die sich mit der Reinigung bzw. Verarbeitung von gereinigtem Spiritus befassen.

**Lokal- u. Provinzialzeitung.**

Boien 31. Januar.

Nach der Kälte.

Der starke Frost, unter dem wir neun Tage hindurch zu leiden hatten, scheint vorläufig sein Ende gefunden zu haben. Nachdem schon gestern Abend eine wesentliche Erwärmung des Raums eingetreten war, brachte die Nacht Schneefall und weiteres Nachlassen der Kälte, und heute früh zeigte das Thermometer nur noch wenige Striche unter Null. Das Aufhören der Kälteperiode führt das Leben wieder in gewohnte Gleise zurück und macht einer Reihe von Missständen ein Ende.

Unter anderem machte sich die Kälte im Verkehrswesen empfindlich bemerkbar. Das Warschauer Eisenbahnministerium gab gestern bekannt: „Die ununterbrochen andauernde Kälte bildet für die Eisenbahn eine große Gefahr. Sie hatte Beschädigungen der Lokomotiven zur Folge. Einfließen der Weichen auf den Stationen, der Drehschleiben und der Signaleinrichtungen, die infolgedessen versagten. Auf vielen Stationen wurden die Wasserleitungssysteme unbefahrbar. Ferner hatte der starke Frost viele Erkrankungen von Arbeitern und Angestellten zur Folge und eine langsamere und weniger genaue Ausführung der notwendigen Arbeiten.“

Unter anderem machte sich die Kälte im Verkehrswesen empfindlich bemerkbar. Das Warschauer Eisenbahnministerium gab gestern bekannt: „Die ununterbrochen andauernde Kälte bildet für die Eisenbahn eine große Gefahr. Sie hatte Beschädigungen der Lokomotiven zur Folge. Einfließen der Weichen auf den Stationen, der Drehschleiben und der Signaleinrichtungen, die infolgedessen versagten. Auf vielen Stationen wurden die Wasserleitungssysteme unbefahrbar. Ferner hatte der starke Frost viele Erkrankungen von Arbeitern und Angestellten zur Folge und eine langsamere und weniger genaue Ausführung der notwendigen Arbeiten.“ Die Verwaltung der Eisenbahn ist nicht imstande, die tragenden Folgen dieser Sachlage zu verhindern. So hat auch in den letzten Tagen der Verlust der Personen- und der Güterzüge sehr gelitten, und in einigen Direktionsbezirken ist auch der Güterverkehr erschwert. Hierbei muss bemerkt werden, dass eine ähnliche Lage auch in Deutschland besteht; die Züge von dort treffen mit bedeutender Verspätung ein.“

Auch der Unterricht in den Schulen wurde durch den starken Frost erheblich beeinträchtigt, und aus einer ganzen Reihe von Orten liegen Nachrichten über Kälteferien vor. Thorntal meldet: „Die Kälteferien in den Volksschulen haben am Freitag begonnen, im Märchen-Gymnasium und Lyzeum am Donnerstag, und dauern, bis der Termin des Wiederbeginns des Schulunterrichts durch die Zeitungen bekannt gemacht wird. Dies gilt auch für das Mädchen-Gymnasium und Lyzeum. Im Gymnasium für Knaben besteht zwar kein Kohlemangel, doch mussten die vier untersten Klassen wegen Grippe, die unter den Schülern grassiert, geschlossen werden.“

Aus Graudenz wird berichtet, dass dort infolge der Kälte und der unter den Kindern herrschenden Krankheiten sämtliche Volkss- und Mittelschulen geschlossen wurden. Auch die höheren Schulen von Graudenz gaben ihren Schülern für diese Woche Kälteferien. Die höhere deutsche Schule in Rogasen stellte wegen der Kälte den Unterricht für acht Tage ein.

So wird das Nachlassen des Frostes von allen mit Freude begrüßt werden, – vielleicht mit Ausnahme eines Teiles der Schuljugend (die freilich von ihren unvorhergesehenen Ferien diesmal auch schwerlich einen großen Genuss gehabt haben kann).

→ Zuckerdividende und Zuckerpreis. Die Zuckerfabrik Graudenz hat im R. d. a. 19. Jahr 1920/21 einen Gewinn von

500 000 M. erzielt. Es aus 9 400 Zt. S. derart verarbeitet werden. Die Dividende ist zu 70 Prozent festgelegt. Das Aktienkapital beträgt gegenwärtig 6 Millionen Mark, davon 1 Million Mark mehr als der Betrag, um den der Preis des Rückrufs ist?

# Polzibistie le. Aus dem Koffer einer Wohnung Przemyszla Nr. 9 Warschauerstrasse wurde in Warschau mit Vorwurf geäußert, im Innern am Rücken des Bettes b. d. die sich ein Stück Kleidungsstück. Der Besitzer ist von brauner Farbe (ca. 3000 M. — Ein gleicher Diebstahl ereignete sich in der ul. Jasna Nr. 2 Budweis). Dort wurde ebenfalls aus einem Koffer ein Blatt mit Ratschlägen gefunden. Der Wert ist mit 300 000 M. angegeben.

\* Rogasen 31. Januar. Da letzter Zeit haben sich hier die Bewohner von Grundstücken erheblich gezeigt. Es verkaute Herr S. Jonas ein am Alten Markt gelegenes Hausgrundstück an Herrn S. Sobischak aus Boien. Der liebe Herr lautet auf das der Frau Sobischak gehörige Haus in der Gasse Lauerstraße. Ferner ging in anderer Hinsicht über das heimige Generalihotel, bisher im Besitz von Herrn Fouquet gehörend. Das Generalihotel stand in der Großen Wiener Straße, wurde von Herrn Dr. Rockowitz, dem Sohn des bekannten Dr. Rockowitz, verkauft. Herr Schaeffer nebst Familie verkaufte ihm das Haus an Herrn Fotografen Skrzypczak und Herrn M. Mauer das seinerzeit am Alten Markt gelegene an Herrn Lorenz vor hier. Herr M. Arnhem der außer an den Beamtenverein, und die Herrn Brünner Bürger Paul Goeckeler gehörte die Dampfbrauerei wurde von Herrn Sobischak aus Boien sämlich erworben.

**Neues vom Tage.**

§ Mit Mann und Maus untergegangen. Der Dampfer „Sunion“ der Hamburg-Amerika-Linie, der bereits als stark überfüllt gemeldet wurde, ist ein Opfer des Sturmes in der ersten Januartage geworden. Der Dampfer verließ Danzig am 31. Dezember mit einer Getreideladung nach Kopenhagen bestimmt, ist aber weder dort eingetroffen, noch sonst gemeldet worden. Da für diese Reise nur einige Tage erforderlich sind, ist nicht daran zu zweifeln, dass der Dampfer mit seiner aus dem Kapitän und 14 Mann bestehenden Besatzung untergegangen ist.

§ Raubattentat in der Klosterstraße. Auf den Wärter Guardian des Wiener Kapuzinerklosters wurde in seiner Zelle ein Raubattentat verübt. Der Wärter konnte in der Persönlichkeit des stellenlosen 25jährigen Klers Clemens verhaftet werden.

§ Raubwurm bei Benedikt. Der ehemalige österreichische Kavallerieoffizier Mainburg wurde in der Nähe von Benedikt von unbekannten Tätern ermordet und beraubt. Ihm wurden u. a. 8 Millionen Lire gestohlen, welche er in Genua als Versicherungssumme einzuladen hatte, die ihm infolge einer Kesselerplötzung zugesetzt waren. Außer den 8 Millionen Lire hatte der Mainburg noch 10 000 Dollar bei sich, die auch nicht mehr bei der Leiche gefunden wurden und die zweifellos ebenfalls von den Tätern geraubt wurden sind.

§ Schneesturm in Washington. In Washington und Umgebung wütet ein Orkan von ungewöhnlicher Stärke. Gewaltige Schneestürme haben den Verkehr mit der Stadt fast ganz abgeschnitten. An der Sonnabendfahrt des Senats, die sich mit den Schulden der Verbündeten zu beschäftigen hatte, konnte nur ein geringer Teil der Senatoren teilnehmen, und auch diese verließen das Senatengebäude sofort nach Beginn der Sitzung in der Befürchtung, dass sie sonst nicht imstande sein würden, ihre Wohnungen zu erreichen.

§ Katastrophe in einem Washingtoner Filmtheater. Infolge des gewaltigen Drucks der riesenhaften Schneemassen, die nicht rechtzeitig bereitgestellt werden konnten, brach eines der größten Filmtheater in Washington während der Vorstellung zusammen. 125 Menschen kamen dabei um, die Zahl der Verwundeten wird auf 250 angegeben. Unter den Toten wurde die Leiche eines der Senatoren und eines Sekretärs der italienischen Gesandtschaft gefunden. An den Rettungsarbeiten, die von General Pershing persönlich geleitet wurden, beteiligte sich die gesamte Polizei und große Mengen von Arbeitern.

§ Briefkasten der Schriftleitung. Zuschriften werden unseren Lesern gegen Einwendung vor Bezugsschaltung unentzettelbar, aber ohne Beweise erlaubt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausdrücklich und wenn ein Briefumschlag mit handschriftlicher Bezeichnung.

Th. L. in O. Der Hausbesitzer ist nicht berechtigt, die Miete für ein Geschäftsräumel nebst Wohnung, die im Juli 1914 800 M. betrug, fest auf 120 000 M. zu setzen, das heißt um das Hundertfach zu erhöhen. Das heißt noch geltende Mieterschutzgesetz vom 18. Dezember 1920 gestattet nur eine Verdopplung der Wohnung und eine Verdreifachung der Ladenräume: Unter den von Ihnen angegebenen Umständen kann der Hausbesitzer weder Einpruch erheben noch kündigen.

W. G. in Schm. Der Art. 5 des Mieterschutzgesetzes vom 18. Dezember 1920 handelt nur von der anteiligen Kostenleistung des Mieters zu den Unkosten, nicht aber zu den Reparaturen. Sie haben mithin nicht das Recht, den Mieter zu den letzteren heranzuziehen.

A. K. in P. Ein freundlicher Leser unseres Blattes schreibt uns zu der Ihnen in Nr. 20 des „Pos. Tagebl.“ erzielten Auskunft über die Umlaufzeit des Fünfmark-Goldstücks folgendes: Im März/April 1882, also vor 40 Jahren, musste das deutsche Fünfmark-Goldstück noch im Umlauf gewesen sein. Ich gab damals ein solides Goldstück für ein silbernes Zwanzigspfennigstück ab, dieses irrthümlich aus. Diese beiden Geldsorten hatten ungefähr dieselbe Größe und Stärke.

G. H. in G. Wegen der Fragen 1 und 2 wenden Sie sich am besten an den deutschen Fürsorgekommissar in Posen, Adele Chopina 3 (fr. Kirschbadallee). 3. Nur wenn der Sohn bereits militärisch ist.